



Foto: istockphoto | vladars

Anfang 2024 droht unliebsame Überraschung

Mit dem für das Anlagejahr 2023 festgesetzten Basiszins von 2,55 Prozent drohen Investoren zum ersten Mal seit Einführung der Vorabpauschale vor fünf Jahren spürbare Abzüge. Vor allem bei Anlagen in thesaurierenden Fonds muss dies frühzeitig berücksichtigt werden

Anfang kommenden Jahres werden viele Anleger überrascht auf ihren Kontoauszug schauen. Dann wird ihre depotführende Bank voraussichtlich einen unter Umständen durchaus spürbaren Geldbetrag abbuchen. Das gilt besonders für thesaurierende Fonds und ETFs, bei denen laufende Erträge nicht ausgeschüttet, sondern im Fonds gehalten und wieder angelegt werden. Bei ihnen droht mit Erhebung der Vorabpauschale für das Anlagejahr 2023 nun erstmals eine signifikante Belastung auf fiktive und de facto nicht real vereinnahmte Erträge.

Die entsprechende Regelung zur Vorabbesteuerung auf nicht vorgenommene Ausschüttungen ist nicht neu. Sie wurde schon 2016 im Investmentsteuergesetz beschlossen und ist seit 2018 in Kraft. Seitdem hatte sie aber nur moderate Auswirkungen und in den letzten beiden Jahren ist sie sogar ganz entfallen, weil der für die Pauschale maßgebliche Referenzzinssatz negativ war.

Das ändert sich jetzt. Für das Anlagejahr 2023 hat das Finanzministerium (BMF) den für die Ermittlung der Vorabpauschale anzusetzenden Basiszins (BZ) auf 2,55 Prozent festgelegt. Grundlage für den jährlich neu festzusetzenden Zinssatz sind mit öffentlichen Anleihen erzielbare Renditen, die von der Bundesbank ermittelt werden und sich an Anleihen mit jährlichen Kupons und Restlaufzeit von 15 Jahren orientieren.

Umständliche Steuerberechnung

Die gute Nachricht ist, dass der Basiszins noch nicht dem nun fälligen Steuersatz entspricht. Er liefert lediglich den Ausgangspunkt für die einigermaßen umständliche Berechnung der vom Anleger tatsächlich abzuführenden Vorabsteuer. In einem ers-

ten Schritt wird dabei der gerade ermittelte Basiszins gleich wieder um 30 Prozent reduziert und mit dem Rücknahmepreis des Fonds zu Beginn des Steuerjahres multipliziert. Das Ergebnis dieser Berechnung wird als Basisertrag (BE) des Fonds unterstellt.

Der Basisertrag wird am Jahresende mit dem tatsächlichen Zugewinn des Fonds verglichen. Dabei werden neben den Kurszuwächsen auch etwaige Ausschüttungen berücksichtigt. Liegen die dabei erzielten Erträge über dem Basisertrag, wird Letzterer als Vorabpauschale festgestellt. Bleiben die Gewinne darunter, geht der tatsächlich angefallene Gewinn in die Kalkulation ein, wobei grundsätzlich nur positive Werte betrachtet werden. Bei Kursverlusten kommt es zu keiner Besteuerung – eine entsprechende Gutschrift erfolgt aber auch nicht.

Welcher Anteil davon dann steuerpflichtig ist, hängt vom Anlageschwerpunkt ab. Bei Mischfonds werden 15 Prozent freigestellt, bei Aktienfonds sind es 30 Prozent. Für Immobilienfonds gelten noch höhere Freistellungen. Nur auf den verbleibenden Teil werden vorab Kapitalertragsteuer, Soli und Kirchensteuer fällig und von der Depotbank abgeführt. Verloren sind die Vorabsteuern für Anleger aber nicht: Bei einem späteren Verkauf der Anteile werden die während der Haltedauer abgeführten – also bereits versteuerten – Pauschalen angerechnet. **DZB**

Vorabpauschale – Beispielrechnung

Annahme: thesaurierender Aktienfonds

Basiszins (BZ)	2,55 %	davon 70 % = 1,785 %	
Kurs (02.01.23)	100,00 €	--	
Basisertrag (BE)	1,785 €	(BZ*0,7*Kurs 02.01.23)	
Szenarien mit verschiedenen Jahresendkursen			
Fondspreis	110,00 €	101,00 €	99,00 €
Wertzuwachs (WZ)	10,00 €	1,00 €	-1,00 €
Vergleich WZ/BE	> BE	< BE	negativ
VP je Anteil	1,785 €	1,000 €	entfällt
abzgl. 30 %	1,250 €	0,700 €	--
Steuer* (26,375 %)	0,330 €	0,185 €	--
Bestand: 1.500 Anteile (Depotwert: 150.000 €)			
VP (gesamt)	2.677,50 €	1.500,00 €	--
nach Freistellung	1.874,25 €	1.050,00 €	--
möglicher Abzug	494,33 €	276,94 €	--

*Abgeltungsteuer, Soli, keine Kirchensteuer
Quelle: DZB